

„Versteckspiel“ soll ein Ende haben: Projektleitung wird sich direkt an Erfolgen messen lassen müssen

Umweltministerium räumt Fehler ein / Mönchhagenplenum nimmt Besetzung der neuen Projektgruppe zur Kenntnis

Rehburg-Loecum (rc) „Das war ein geschmeidiger Vortrag“, kommentierte Peter Thiele, Sprecher der Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“, den anholenden Vortrag des Abteilungsleiters im Dezernat „Abfall“ des Umweltministeriums: Peter Müller-Gundermann hatte Fehler in der Projektkoordination eingeräumt, einen weitaus größeren Fortschritt bei der Sicherungsplanung in den vergangenen fünf Jahren gegenüber den 60er Zeiten erklärt. Er beschwor das einzigartige Mediationsverfahren und die dem Umweltministerium direkt zugeordnete neue Projektgruppe als die einzige Möglichkeit, den Schwierigkeiten

BI, Bürgerbüro und die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ hatten sich gegen die vom Ministerium und der Bezirksregierung zusammengesetzte Projektgruppe gewehrt. Von „mit Maulkorb und Fasnadenmannschaft zurück in die 60er Jahre“ war die Rede. Darauf reagierte Müller-Gundermann relativ gelassen. Die neue Projektgruppe wolle Reibungsverluste zwischen den beteiligten Behörden abbauen. 22 Millionen 1995, 28 Millionen 1996 und 46 Millionen Mark 1997 würden garantiert zur Verfügung stehen, versicherte er dem zweifelnden CDU-Landtagsabgeordneten Willi Henneking. Bürgerbüro, Professionalisierung der Mediation und Erhöhung der Personalkosten seien finanziert. Unterlassungen, beispielsweise in der Umsetzung der im März 1994 beschlossenen Wasserhaltung, machte er am Finanzminister fest.

Die Bezirksregierung sei als Ansprechpartner nach Mönchhagen „ausgelagert“ worden. Alle Fäden liefen beim Leiter (Rapsch) zusammen. Das Modell gewährte Kostenkontrolle, Effizienz

Herr zu werden. Rehburg-Loecums Stadtdirektor Dieter Hüsemann bemerkte, dieser Neuerung solle zwar eine Chance gegeben werden, die Projektleitung habe sich aber an ihren im Mönchhagenplenum geäußerten Worten und an den erwarteten Ergebnissen messen zu lassen. Bernd Lange vom Nienburger Kreisamt für Wasser und Abfall brachte die Hoffnung zum Ausdruck, das bisherige Versteckspiel bei Problemen und Fehlern könne deshalb ein Ende haben, weil die Verantwortlichkeit diverser Behörden direkt beim Projektmanager, Hans-Jürgen Rapsch, Referatsleiter für Rüstungsaltslasten im Umweltministerium, liege.



Wirbt um Vertrauen für die neue Projektmannschaft: Peter Müller-Gundermann, Abteilungsleiter „Abfall“ im Umweltministerium. Fotos: Reckleben

und Erfolgsprüfung. Dabei hält Müller-Gundermann die Einbindung eines Ingenieurbüros für möglich. „Management, Unternehmensberatung und Akademie



Trägt eindeutige Verantwortung: Der neue Gruppenleiter, Dr. Hans-Jürgen Rapsch, Leiter des Referats für Rüstungsaltslasten im Umweltministerium.

Loecum samt Mediation unter einem Dach.“ Rapsch sei der technische Experte mit Erfahrung im Altlastenbereich, dem auch die Mediation geläufig sei, die

gestärkt werden müsse. Die Behörden hätten Sicherung und Sanierung der Deponie umzusetzen. Dabei erwarte er gegenwärtige Abstimmung.

Müller-Gundermann wies das von der Bürgerinitiative gerügte Zitat in einem Gespräch zurück, nach dem die Initiativen keinen unkontrollierten Zugang zu Informationen bekämen. Der Analyse des Ministerialbeamten, denen zufolge Fehler durch Finanzierungsprobleme und allgemeine Reibungsverluste zwischen den Behörden entstanden seien, widersprach BI-Sprecher Thiele: Die Probleme seien eindeutig an Personen des Staatlichen Amtes für Wasser und Abfall Sulingen und der Bezirksregierung festzumachen. Der neuen Gruppe dürften diese Personen nicht angehören. Er beklagte die „Kopflastigkeit“ des Gremiums, das mit Beamtenpositionen gegenüber qualifizierten Kräften auf der Deponie überbesetzt sei. Rapsch bekräftigte die bisherige Arbeit der Initiativen: „Decken Sie Mängel auf! Ich bin bereit, Personal aufzustocken.“

Landesregierung steht gegenüber der Öffentlichkeit vor klarer Nagelprobe

„Die Fehlerquellen waren klar. Wir waren fast gelähmt.“ Mit diesen Worten hat Bernd Lange vom Nierburger Kreisamt für Wasser und Abfall den Nagel nicht ganz auf den Kopf getroffen; denn das Münchenhagen-Verfahren war gelähmt. Das läßt sich nicht deutlicher an der Wasserhaltung ablesen, die noch immer nicht gelöst ist und sich aktuell erneut zu einem Problemfall mit Dioxinabstrügen entwickelt.

Ebenso klare Fakten liegen auf dem Tisch, nach denen Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Wasser und Abfall (StAWA) Süßigen Fehlverhalten vorzuwerfen ist. Zwischen dieser Behörde und der Bezirksregierung agierte der tschechische Projektkoordinator Günter Nerlich, den die Bürgerinitiativen unter Beschuß genommen hatten.

Große Teile des Münchenhagen-Plenums fragten sich spätestens seit dem

Schweigen mit der Wasserhaltung Anfang 1984, was bloß in den für den Bau- und Sicherheitsbereich verantwortlichen StAWA-Leiter Kabel gefahren sein könne, Beschlüsse zu unterlaufen und wie Nerlich Dioxinabstrüge zu verharmlosen.

Das von der SPD geführte Landest-

Der Kommentar

regierung politisch zu hochgehängte Münchenhagen-Verfahren geriet ins Trudeln. Noch bis zum Dienstag rätselten Mitglieder des Plenums darüber, ob sich Kabel während August die eigene Schlinge um den Hals legt und obendrein kräftig darzulegen, denn der ehemalige Abteilungsleiter im Umweltministerium, Keller, hatte im März eindeutig Fehler angedeutet.

Da wurde weiter vermutet, Kabel so die ganze Angelegenheit wohl sei und

setze alles daran, die Sache loszuwerden. Beide Vordänen waren nicht schuldig. Nachdem tumult seinen Beruf und kann davon träumen, durch Unterlassungen Verantwortung loszuwerden.

Trotz laufender gegenseitiger Bitterungen mußte die Landesregierung dahinstrecken. Peter Müller-Gundemann (Umweltminister) ließ die Katze aus dem Sack. Streit mit dem Finanzminister um die für die Wasserhaltung notwendigen Summen. Noch im Frühjahr vergangenen Jahres hatte die Landesregierung lautlos erklärt, alles sei finanziert abgeklärt. Doch das Gegenteil war der Fall. Statt dessen verschlang sie sich hinter einer Landesfachbehörde, „verhüllt“ seinen Projektkoordinator und läßt die Öffentlichkeit in dem Glauben, in Münchenhagen stehe alles zum besten.

Darüber hinaus ließ die Regierung es zu, daß sich die Bürgerinitiativen mit an-

deren Beteiligten im Plenum derart in die Haare bekamen, daß sich nun tatsächlich Stillstand einstellte. Die Bürgerinitiativen seien schuld an der Stagnation, weil sie jedem Krümelchen Dioxin nachgehen. Die so Gescholtenen konnten, nur auf diese Weise lasse sich durch öffentlichen Druck klären, wer für die Misere verantwortlich sei. Der Wert dieser Handlung ist nicht hoch genug zu bewerten, denn ohne die Initiativen ist die jetzt gefundene Lösung kaum denkbar.

Peter Müller-Gundemann und Hans-Jürgen Papack vom Umweltministerium bekräftigten die Rolle der Bürgerinitiativen. Ihre vollmundigen Ankündigungen, jetzt seien Fortschritt und die Finanzierung gesichert, hat die Öffentlichkeit bislang bis zur Unermüdbarkeit gehört. Jetzt kommt die Nagelprobe – auch für das politisch hochgelobte Münchenhagen-Verfahren. *Stefan Kuschel*

Deponie läuft wieder über Behörde blockiert Lösung

Vorschlag des Bürgerbüros abgelehnt — Ils wieder gefährdet

Rehburg-Loccum (re). Die im Münchehagenplenum am Dienstag verbreitete Aufbruchstimmung hat am Donnerstag einen Schlag erlitten: Damit die Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen nicht erneut überläuft und noch mehr belastetes Wasser in Richtung Ils abfließt, hat das Bürgerbüro Loccum eine Lösung der Gefahr angeboten, die „ein kleineres Übel“ darstelle. Die Weichen seien bei Umweltministerium und Bezirksregierung gestellt worden, doch dann habe Jörg Prante vom Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) Sulingen die Sache blockiert, hieß es gestern von der Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ und vom Bürgerbüro.

Am Donnerstag hatte der Baubetrieb festgestellt, daß das Wasser im Deponiekörper teilweise weit über die festgeschriebene Höhe unterhalb des Ringgrabens angewachsen sei. Auch drohe bereits im Oberflächenwasser der Chemische Sauerstoffbedarf den zulässigen Grenzwert von 50 Milligramm pro Kubikmeter zu übersteigen. Damit sei belegt, daß das hochgiftige Deponiesickerwasser im Ringgraben wirke, dessen Inhalt über einen Sandfilter direkt in die Ils nach Petershagen abgepumpt werde.

Angesichts dieser seit mehr als einem Jahr immer wieder auftretenden Lage schlug das Bürgerbüro nach Gesprächen mit Umweltministerium, Bezirksregierung und Landkreis vor, die Sickerwasserabsenkung in der Deponie umgehend in Angriff zu nehmen. Die Kläranlage Lemke, welche diese vorgeschulten Wasser bisher durch ihre Einrichtung laufen läßt, habe die Mengen wegen des Hochwassers nicht annehmen können, da der dortige Vorfluter angrenzende Flächen überschwemmt habe und so die Gefahr bestehe, daß Spuren von Giftstoffen sich auf angrenzenden Wiesen ablagern.

So wurde als Notmaßnahme vorgeschlagen, die Mengen direkt in die Weser zu leiten. Von „Schadensbegrenzung“ und „kleinerem Übel“ war die Rede, weil die riesigen Wassermengen einen enormen Verdünnungsgrad hätten, heißt es. Dieser Vorschlag wurde vom Baubeauftragten schriftlich formalisiert und sollte unmittelbar an den Landkreis geschickt werden. Weil am

Donnerstag keiner der Verantwortlichen im StAWA erreichbar gewesen sei, habe der Baubeauftragte die Hebel zur Gefahrenabwehr in Bewegung gesetzt. Doch Prante — im StAWA mit Auftragsvergaben befaßt — habe dies mit den Worten blockiert, „wir haben keinen Handlungsbedarf“. Die Bürgerinitiativen befürchten dagegen ein weiteres Ineinanderlaufen belasteter Oberflächen- und hochgiftiger Sickerwasser. Weil sich die Hochwasserlage in den nächsten Tagen kaum entspannt, rechnen sie mit weiteren Dioxin- und Giftausträgen in die Ils.

Grund dieser seit gut 13 Monaten andauernden Problemen der Wasserkhaltung sind die fehlenden Hochbehälter, die laut beschlossenen Zeitplan vom März im Herbst hätten installiert sein müssen. Die Investition war bereits teilweise ausgeschrieben, von Prante jedoch anders vergeben, als im Vermittlungsausschuß vorgestellt und beschlossen worden. Das zog lange Verzögerungen nach sich, so die Initiativen.

Diese haben die aufgetretenen Pannen und Probleme im Baubetrieb dem „Fehlverhalten einzelner Personen“ des StAWA und Koordinator Günter Nerlich zugeordnet. Dem widersprechen bisher Nerlich, Bezirksregierung, StAWA und jüngst Peter Müller-Gundermann vom Umweltministerium. Nach Auffassung der Bürgerinitiative zeige dieser jüngste Fall eindeutig das Gegenteil. Prante ist mit in die neue Projektgruppe übernommen worden.

An der Quelle nach Beleg der Leukämierate suchen

Sozialministerium unterstützt Antrag des Loccumer Bürgerbüros

Rehburg-Loecum (ru). Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt offensichtlich einen Antrag des Loccumer Bürgerbüros, nach dem an der ehemaligen Giftkuppe Münchehagen zusätzlich nach Hinweisen gesucht werden müsse, die die unbestritten hohe Leukämierate im Raum Petershagen belegen könnten. Das läßt sich aus Meldungen des Landesdienstes Niedersachsen (lnd) und der Deutschen Pressagentur (dpa) entnehmen. Diese konkreten Untersuchungen hatte Dr. Michael Calcsaky vom Sozialministerium selbst gebordert.

Den Grund belegen zwei Berichte dieses Ministeriums vom November: Fettgewebeproben von fünf Verstorbenen, die zuletzt im Umkreis der Altlast Münchehagen in Loecum und Petershagen gelebt hatten, weisen im Vergleich zu Bezugswerten aus Bayern und Deutschland einen Gehalt des hochgiftigen Seveco-Dioxins auf, der rund doppelt so hoch ist wie der Durchschnittswert von 29 Werten aus dem Raum München. Ähnlich ist die Situation bei chlorierten Dioxinen und Furanen. Die Meßwerte aus dem Raum Münchehagen überstiegen die Vergleichswerte um den Faktor zwei. Damit liegen drei der fünf Fälle über dem 1990 vom Bundesgesundheitsamt veröffentlichten Höchstwert für Fettgewebeproben von Menschen in Deutschland, schreibt das Ministerium.

Die Dioxinbelastung von zwölf Muttermilchproben, welche von Frauen aus Wiedensahl, Loecum und Münchehagen sowie Petershagen stammen, weisen laut Ministerium bei mehr als der Hälfte der Proben überdurchschnittliche Konzentrationen an Seveco-Dioxin, weiteren Dioxinen und Furanen auf, heißt es in

dem Papier.

Die neue Studie in Verbindung mit den Fettgewebe- und Muttermilchanalysen verstärken den Verdacht auf Zusammenhänge zwischen den Leukämieraten in Petershagen und der Giftmülldeponie. Deshalb drängen die Bürgerinitiativen auf eine zusätzliche und konkretere Untersuchung dieser Zusammenhänge, die u. a. vor allem der mangelhaften Wasserhaltung zugeordnet werden. Derzeit seien die Stapelstiche hinter der Vorräumung fast voll. Gestern hätten sich die höchsten Sicherwasserstände seit langem eingestellt, die über das Wochenende nicht angepumpt werden könnten. Dieser Zustand sei just in dem Moment aufgetreten, in dem das Sozialministerium den Vorschlag der Bürgerinitiativen unterstütze, an der „Quelle Münchehagen“ nach Ursachen der hohen Leukämieraten in Petershagen zu suchen, hieß es.

Frauenforum fällt aus

Rehburg-Loecum (rek). Nach Mitteilung des Frauenforums Rehburg-Loecum fällt die für Montag, 8. Februar, geplante Zusammenkunft aus. Das nächste Treffen